



PDF

[Impressum](#) | [Datenschutz](#)

**KOMPETENZZENTRUM FÜR ARBEITS- UND SOZIALMEDIZINISCHE PRÄVENTION,
REHABILITATION UND FRAUENGESUNDHEIT**

HERZLICH WILLKOMMEN!

Im Kompetenzzentrum für Arbeits- und Sozialmedizinische Prävention, Rehabilitation und Frauengesundheit des Landes Baden-Württemberg arbeiten das [Institut für Arbeitsmedizin, Sozialmedizin und Versorgungsforschung](#) des Universitätsklinikums Tübingen und die Universitätsfrauenklinik sowie das [Forschungsinstitut für Frauengesundheit](#) (FFG) eng zusammen. Im Kompetenzzentrum wird damit die Expertise von drei universitären Einrichtungen zu Themen der Prävention und zu genderspezifischen Fragen der Gesundheitsversorgung zusammengeführt. Diese werden in der studentischen Ausbildung, in der Forschung, Fort- und Weiterbildung und der Patientenversorgung bzw. Dienstleistung aufgegriffen.

Die Arbeitsmedizin untersucht die Wechselwirkung von Gesundheit und Arbeit, die Sozialmedizin die Interaktion von Gesundheit und Gesellschaft. Die Stellung der Frau in der Gesellschaft sowie ihre Auswirkung auf Belange der Medizin

spielen in beiden Bereichen eine besondere Rolle.

Gesundheitsversorgung beginnt früher als die Krankenversorgung und reicht darüber hinaus. Um dabei Unterschieden im Lebenskontext gerecht zu werden, wie beispielsweise durch Lebensalter und Geschlecht bedingt, bedarf es der Erforschung des Einflusses von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Medizin und medizinisches Handeln. Fragen nach dem Einfluss der gesellschaftlichen Position auf das Gesundheitsverhalten und auf die Teilhabe an Gesundheit, nach den Krankheitsverläufen und schließlich nach der gesundheitlichen Situation in den verschiedenen Lebensepochen bewegen sich unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit sämtlich an den Schnittstellen zwischen Arbeits-, Sozial- und Versicherungsmedizin und der Frauengesundheit.

Aus der Zusammenarbeit im Kompetenzzentrum werden - auch durch die Vernetzung mit weiteren Partnern - Impulse zur Versorgungsgestaltung und für gesundheitspolitische Entscheidungsfindungen erwartet.